

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

„Nichts zu tun, ist keine Lösung!“ Ziel ist es, Anwohner vor Lärm und Abgasen zu schützen



tiefer gelegten Autobahn mit entsprechenden Lärmschutzmaßnahmen (Wänden);

- der „Galerielösung“, bei der die zwei Fahrspuren in Richtung Süden (Essen) abgedeckt werden;
- der „Tunnellösung“, bei der die Autobahn vom Stadion bis zur Grabenstraße komplett abgedeckt wird und
- der „Versatzlösung“ (Heege-lösung), bei der eine neue Autobahn durch den Grünzug zwischen Gelsenkirchen und Gladbeck gebaut wird.

Alle Ausbauvarianten wurden mit der sogenannten „Null-variante“ verglichen, die die Situation wiedergibt, wenn keine Maßnahmen ergriffen würden und es bei dem heutigen Zustand bliebe. Lehmann: „Auf Nachfrage machten die Vertreter des Landesbetriebes deutlich, dass die Nullvariante die schlechteste Lösung für die Anwohner darstellen würde.“ Auch wenn die Verkehrsbelastung wie prognostiziert auf 36.000 bis 45.000 Fahrzeuge pro Tag steigen würde, hätten Sie keinen Anspruch auf Lärmschutz. Ziel müsse es sein, Anwohner vor Lärm und Abgasen zu schützen. Dieses Ziel würde am besten durch eine Tunnellösung erreicht. Das machten alle Fraktionen (mit Ausnahme der DKP und Ratsherrn Kruse) deutlich.

Im Stadtplanungs- und Bauausschuss stellte der Landesbetrieb Straßenbau NRW die ersten Zwischenergebnisse der Umweltverträglichkeitsstudie zum Ausbau der A52 vor. Und es wurde deutlich: Nichts zu tun, ist die schlechteste Lösung!

Man könne nicht so tun, als würde sich mit der B224 nicht

heute schon eine autobahn-ähnliche Verkehrsstrasse mit den durch unsere Stadt schneiden, wodurch Anwohner mit Lärm und Abgasen belastet werden, unterstrich auch Bernd Lehmann für die Grünen ein weiteres Mal die Situation. Der Handlungsbedarf wird durch die Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) bestätigt. Die UVS ermittelt und bewertet die

Auswirkungen des Autobahnausbaus auf den Menschen, auf Tiere und Pflanzen, Boden, Luft, Klima und Landschaft sowie auf Kultur- und Sachgüter. Dabei wurden die schädigenden Einflüsse der unterschiedlichen Varianten prognostiziert:

- der „Troglösung“, also einer

Tanken wir bald „Sun Fuel Emscher-Lippe“?

Welche Alternativen zu Benzin und Diesel gibt es? Mit dieser Frage beschäftigte sich der Betriebsausschuss auf Anregung der GRÜNEN vor dem Hintergrund steigender Rohölpreise.

Heute stehen Fuhrparkbetreibern wie der Stadt oder dem Zentralen Betriebshof eine breite Palette an alternativen Kraftstoffen zur Verfügung. Diese reichen von Erdgas über Flüssiggas bis hin zu Biogas, Bioethanol, Biodiesel oder auch Biomasse (siehe auch unten und rechts).

Bereits vor Jahren hatten die Grünen angeregt, den Einsatz von Pflanzenöl bei städtischen Fahrzeugen zu prüfen. Lange wurde jedoch aneinander vorbei diskutiert, denn während die Grünen reines, unbehandeltes Pflanzenöl meinten, redeten Ausschuss und Verwaltung immer vom in Raffinerien hergestellten Biodiesel, dem sogenannten Rapsmethylester (RME). Letztendlich wurde die andauernde Debatte Mitte 2003 durch den Umweltausschuss beendet, der mehrheitlich beschloss, alternative Kraftstoffe nicht weiter zu verfolgen, sondern ganz auf Erdgas zu setzen.

Dieser „Kraftstoff-Frieden“ währte ganze drei Jahre, in denen bei allen Fahrzeugneubeschaffungen durch den ZBG gerade mal ein einziges als Erdgasfahrzeug angeschafft wurde. Aufgrund der starken Marktdynamik und techni-

schen Ausreifung von Kraftstoffalternativen, sagte der ZBG zu, das Kraftstoffthema gemeinsam mit der „Landesinitiative Zukunftsenergien NRW“ anhand der konkreten Fuhrparksituation des Entsorgungsbetriebs neu aufzugrei-

steuerung mit stabileren Preisen und Preisvorteilen zu rechnen. Außerdem handele es sich nicht wie beim Biodiesel um einen Gefahrenstoff und könne damit ohne Auflagen auf dem Betriebshof gelagert werden. Dieseltanks müssen

Pflanzenölbetrieb zu sammeln. Außerdem soll die Fa. Ecomotions in Lünen, eine Tochtergesellschaft der Remondis Entsorgungsgesellschaft, besichtigt werden, die ihren Fuhrpark mit tierischen Fetten (FME) betreibt.



„Der Gebrauch von Pflanzenöl als Kraftstoff mag heute unbedeutend sein. Aber derartige Produkte werden im Laufe der Zeit ebenso wichtig wie Petroleum und diese Kohle-Teer-Produkte von heute werden.“

Rudolf Diesel (1858–1913)

fen. Im Ergebnis empfiehlt die Initiative, bei Pkw-Neuanschaffungen auf gasbetriebene Fahrzeuge zurückzugreifen. Für Lkw und Arbeitsmaschinen sei Gas aufgrund der geringeren Kraftübersetzung ungeeignet. Bedingt empfehlenswert sei auch die Umrüstung von Fahrzeugen auf den Betrieb mit Pflanzenöl.

Die Grünen bewerten die neue Offenheit positiv. Die vorgelegte Studie könne jedoch nur als Einstieg in die neue Diskussion betrachtet werden. Viele Faktoren wie Kraftstofflagerung, Kraftstoffverfügbarkeit und regionale Wertschöpfung blieben unberücksichtigt. Pflanzenöl sei, anders als Biodiesel oder Erdgas nicht an den Weltrohölpreis gekoppelt, sondern an den Lebensmittelpreis. Daher sei trotz der durch die große Koalition beschlossene Be-

regelmäßig gewartet, geprüft und durch den TÜV zertifiziert werden. Die nächste Erdgastankstelle ist in Bottrop. Vorteile, die beispielsweise den Entsorgungsbetrieb in Herne vor gut einem Jahr veranlasst haben, ein Müllfahrzeug und einen Transporter auf den Betrieb mit reinen Pflanzenöl umzustellen. Seit einem Jahr fahren die Herner PÖL-Fahrzeuge ohne größere Probleme. Die Kosten für die Umrüstung werden sich laut Auskunft des Herner Entsorgungsbetriebes innerhalb von drei Jahren amortisieren. Der Erdgasbetrieb amortisiert sich dagegen laut der vorliegenden Studie erst nach sechs bis acht Jahren.

Zur weiteren Beratung des Themas beschloss der Ausschuss eine Besichtigung der Herner Entsorgungsbetriebe, um Erfahrungen über den

Pflanzenöl (PÖL)

Unbehandelte Pflanzenöle können als nachwachsender Kraftstoff eine Alternative zum fossilen Rohöl darstellen.

Vorteile: Anders als Biodiesel ist PÖL nicht an den Rohölpreis, sondern an den Lebensmittelpreis gekoppelt und damit relativ stabil. Der Energiewert von PÖL und Diesel ist annähernd gleich, so dass keine Leistungsverluste entstehen. Bei der Lagerung von Pflanzenöl bestehen anders als bei Biodiesel und Diesel keine Gefahrene Auflagen (z.B. keine Wassergefährdung), so dass Öltanks mit geringen Ver- und Absicherungskosten auf dem Betriebshof vorgehalten werden können. Der Betrieb mit fossilen Dieselmotor sowie die Beimischung in jedem beliebigen Verhältnis ist auch weiterhin möglich. Der Einsatz von PÖL bietet die Chance, regionale Wirtschaftskreisläufe aufzubauen und die Landwirtschaft vor Ort zu stärken.

Nachteile: Aufgrund der höheren Viskosität sind Anpassungen am Motor notwendig, wobei die Fahrzeuggarantie entfällt. Wartungsintervalle müssen verdichtet werden. Bis 2012 entfällt in Stufen die Mineralölsteuerbefreiung.

→ [weitere Infos im Netz](#)

Erdgas (CNG)

Der Energiegehalt von 1 kg Erdgas (Compressed Natural Gas) entspricht etwa 1,5 Liter Benzin bzw. 1,33 Liter Diesel.

Vorteile: Erdgas hat geringe Emissionen und ist bis 2018 steuerbegünstigt. Erdgasversorger wie ELE bezuschussen zudem den Neuerwerb von Fahrzeugen mit bis zu 4.000 Euro.

Nachteile: Erdgas ist ein fossiler Energieträger und ist an den Rohölpreis gekoppelt. Für Lkw und Arbeitsmaschinen ist Gas aufgrund der geringen Kraftübersetzung ungeeignet.

Flüssiggas (LPG)

Bei Flüssiggas (Liquefied Petroleum Gas) oder auch Autogas handelt es sich um Propan, Butan und deren Gemische.

Vorteile: Wie Erdgas verbrennt Flüssiggas rückstandsfrei und hat sehr gute Abgaseigenschaften. Es ist bis 2018 steuerbefreit. Eine Umrüstung von Kfz mit Ottomotor ist relativ unkompliziert und kostet zwischen 1.500 und 3.000 Euro.

Nachteile: Flüssiggas ist kein erneuerbarer Energieträger. In Deutschland existiert noch kein dichtes Tankstellennetz. Zur Kraftübertragung siehe links.

Biodiesel (RME)

Biodiesel (Rapsmethylester) ist chemisch aufgearbeitetes Rapsöl. Hierbei werden Rapsöl und Methanol in Gegenwart eines Katalysators (etwa 0,5% hochaggressive Natronlauge) erwärmt.

Vorteile: Biodiesel ist ein erneuerbarer Kraftstoff. Einige Dieselfahrzeuge haben Freigaben für Biodiesel.

Nachteile: Biodiesel ist an den Rohölpreis gekoppelt. Biodiesel weist einen geringeren Energiewert auf und hat aggressive, potenziell schädigende Langzeitwirkungen (an Dichtungen, Simmerringen, Einspritzpumpen etc.).

Bioethanol

Bioethanol wird durch Gärung aus Biomasse gewonnen (z.B. aus Zuckerrüben, Getreide, Früchten, Holzabfällen etc.).

Vorteile: Bioethanol ist eine nachwachsende Energiequelle. Die Verbrennung von Bioethanol ist im Idealfall CO₂-neutral. Es entsteht 30 Prozent weniger Stickoxid. Der Kraftstoff ist bis 2009 von der Mineralölsteuer befreit.

Nachteile: Hierzulande hohe Herstellungskosten. Der Verbrauch ist um ein Drittel höher als bei Superbenzin.

Grüner Sparvorschlag entlastet Haushalt um 107.000 Euro jährlich

Was lange währt, wird endlich gut. Das gilt auch für einen Vorschlag, den die Grünen zur Konsolidierung des Haushaltes Ende letzten Jahres in die Etatberatungen eingebracht hatten: die Zusammenlegung der Gutachterausschüsse von Gladbeck, Dorsten und Marl.

„Es gibt keinen Grund, warum sich Gladbeck etwa nicht einem interkommunalen Gutachterausschuss mit Dorsten und Marl anschließen sollte“, hatte der Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Mario Herrmann, seinerzeit in seiner Haushaltsrede festgestellt. „Hier liegen klar bezifferbare Sparpotenziale und kein Bürger wird im Alltag irgendwelche negativen Auswirkungen dadurch erfahren.“ Städtische Gutachterausschüsse nehmen Grundstücks- und Immobilienbewertungen vor und erstellen Bodenrichtwertkarten sowie den Miet-

spiegel. In Gladbeck ist der Gutachterausschuss der Vermessungsabteilung des Ingenieuramtes zugeordnet.

Während der Haushaltsberatungen wurden die Grünen durch den Bürgermeister und die SPD noch heftig für diesen Vorschlag angefeindet. „Der Bürgermeister widersprach mir damals, eine Zusammenlegung würde nicht zu Einsparungen, sondern zu Mehrkosten führen“, erinnert sich Ratsherr Bernd Lehmann. Die Verwaltung hatte gar vorgeschlagen, eine freie Stelle in der Vermessungsabteilung wiederzubetzen, anstatt die Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten zu suchen. Aufgrund des derzeitigen Arbeitsaufwandes durch die Haushaltsumstellung einigte man sich darauf, die Stelle befristet zu besetzen.

Der Parteienstreit hat sich inzwischen geschlichtet und die

Foto [M]: Die Verabschiedung des Haushaltes 2006 hatte die Ratsmehrheit an strikte Sparbemühungen geknüpft. Ein Sparvorschlag der Grünen wird jetzt umgesetzt.



Verwaltung schlägt dem Haupt- und Finanzausschuss für seine nächste Sitzung vor, die Bildung eines gemeinsamen Gutachterausschusses für Grundstückswerte zusammen mit den Städten Dorsten und Marl zum 1.1.2007 zu beschließen. Hierdurch könnten 2,5 Planstellen in Gladbeck eingespart werden.

„Das damals errechnete Einsparpotenzial von ca. 100.000 Euro erhöhte sich auf rd. 107.000 Euro jährlich“, schreibt die Verwaltung in Ihrer Vorlage. Und die Grünen freuen sich, dass ihr Konsolidierungsvorschlag nun umgesetzt wird.

→ [Infoseite zum Haushalt 2006](#)

→ [Haushaltsrede von Fraktionsvorsitzenden Mario Herrmann](#)

Sportausschuss soll sich mit Doping befassen

Der Dopingmissbrauch in Deutschland ist einer Studie zufolge auch im Freizeitsport weit verbreitet. Fast jeder siebte in Fitnessseinrichtungen aktive Freizeitsportler nimmt gelegentlich oder regelmäßig Anabolika zur Leistungssteigerung. Auf Antrag der GRÜNEN soll sich jetzt der Sportausschuss mit dem Thema befassen.

13,5 Prozent der Freizeit-Fitnesssportler haben bereits anabolische Substanzen eingenommen, wobei der Anteil bei Männern (20 Prozent) wesentlich höher liegt als bei Frauen (vier Prozent). Zu diesem Ergebnis kommt eine sportmedizinische Untersuchung der Universität Tübingen. Die Forscher fanden zudem heraus, dass rund die Hälfte (48,1 Prozent) der von den Freizeitsportlern verwendeten anabolischen Substanzen bei Ärzten und Apothekern besorgt werde. Jeder dritte

Anabolikakonsument (32,1 Prozent) stehe sogar unter ärztlicher Aufsicht. Auch die Beschaffung über das Internet spiele eine große Rolle. Der Leiter der Studie, Heiko Striegel, bezeichnete die Ergebnisse als "alarmierend": "Das Ge-

„Jeder fünfte Mann nimmt leistungssteigernde Präparate!“.

sundheitswesen ist ein Hauptlieferant für die Anabolikakonsumenten im Freizeit- / Fitnesssport“, kritisierte er. Dies sei um so bedenklicher, weil anabolische Präparate in vielen Fällen unkalkulierbare Nebenwirkungen wie Depressionen, Leber- oder Nierenschädigungen verursachten und auch zu Arbeitsausfällen führten.

"Dieses Problem wird vollkommen unterschätzt“, so Striegel. In Deutschland seien etwa

sechs Millionen Menschen als Mitglieder in Fitnessseinrichtungen registriert. Hochgerechnet ergebe sich schnell eine Zahl von mehreren Hunderttausend regelmäßigen Anabolikakonsumenten.

„Diesen Fragen gilt es sich auch in Gladbeck zu stellen und die Öffentlichkeit für diese Vorgänge zu sensibilisieren“, meint Georg Laacks, der die GRÜNEN im Sportausschuss vertritt. Die GRÜNEN schlagen vor das Thema „Doping im Freizeitsport“ zum Schwerpunktthema einer der nächsten Sitzungen des Sportausschusses zu machen. Hierzu sollen dann Inhaber von Studios, Trainer, betroffene Aktivisten (z. B. Jörg Börjesson aus Dorsten) und Ärzte als kompetente Gesprächspartner eingeladen werden. Als Tagungsort für diese Sitzung biete sich ein örtliches Fitnessstudio an. Die Verwaltung soll diesbezüglich Kontakte aufnehmen.

Die Doping-Falle

„Jörg Börjesson hat sich selbst auf den OP-Tisch gehievt. Mit Tablettenmissbrauch hat sich der Ex-Bodybuilder unter das Messer gebracht. Das tägliche Gewicht stemmen im Fitnessstudio hatte der dreifache Familienvater jahrelang mit Hormon-Pillen gepuscht. „Ich bin heute ein Wrack“, sagt der 36-jährige Recklinghäuser. 400 Gramm geschädigtes Drüsengewebe wurde ihm kürzlich im Verlauf einer 2,5-stündigen Operation durch den plastischen Chirurgen Dr. Abdul Rahman Yousef aus den Brustwarzen geschnitten. Börjesson ahnte innerlich, dass die Verhärtungen in seiner Brust eine „tickende Zeitbombe“ waren. Die mögliche Diagnose Brustkrebs konnte nicht ausgeschlossen werden. Seine Sehnen und Gelenke schmerzen. Bauchkrämpfe plagen ihn und seine Bandscheibe ist kaputt. Jetzt will er als Betroffener den „anonym Geschädigten ein Gesicht verleihen“. Heute versteht er sich als „Präventologe“. Börjesson hat die Fronten gewechselt. [...]“

→ www.doping-frei.de

Name des „Gammelfleisch“-Händlers bleibt geheim

Verbraucher erhalten keine Informationen über Gladbecker „Gammelfleisch“-Firma. Das teilt Landrat Jochen Welt (SPD) den Grünen mit.

Nachdem die Essener Staatsanwaltschaft im Juni auch einen Gladbecker Fleischhändler durchsuchte, weil dieser verbotenes Stichfleisch verkauft haben soll, wendeten sich die GRÜNEN an das Kreisveterinäramt und baten um Aufklärung der Verbraucher.

Die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft stehen im Zusammenhang mit dem Gammelfleischskandal aus dem vergangenen Jahr. Die Gladbecker Firma soll 3,1 Tonnen Stichfleisch von dem damals in Verdacht geratenen Gelsenkirchener Großhändler abgenommen haben. Stichfleisch gehört zu der Kategorie von Schlachtabfällen, die nicht als Lebensmittel verkauft werden dürfen. Das Fleisch wird beim Schlachten stark durchblutet und kann deshalb hoch mit Keimen belastet sein.

„Es war immer die Auffassung unserer Partei, dass Verbraucherinnen und Verbraucher schnellstmöglich und umfassend über Lebensmittelskan-



Die Verbraucher wünschen sich Vertrauen in die Qualität der Lebensmittel.

dale informiert werden sollen und damit für die notwendige Transparenz gesorgt werden soll“, schreiben die GRÜNEN an den für die Lebensmittelüberwachung zuständigen Landrat. Um welchen Fleischhändler es sich in Gladbeck handelt, der mit den verdorbenen Schlachtabfällen gehandelt hat, will Landrat Jochen Welt jedoch nicht preisgeben. In seiner Antwort an die Grünen weist er darauf hin, dass das Gammelfleisch „bereits durch das betroffene Unternehmen in den Eingangskontrollen gesperrt worden ist.“ Angesichts des möglichen wirtschaftlichen Schadens für das betroffene Unternehmen käme

dem Geheimhaltungsinteresse hier das größere Interesse zu.

Die Grünen bemängeln diese Informationspolitik der Lebensmittelüberwachung. „Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht darauf, die Namen beteiligter Unternehmen am Ekelfleisch-Geschäft zu erfahren.“, so Stadtverbandssprecher Bernd Lehmann. Eine vernünftige Informationspolitik trüge auch dazu bei, verlorenes Vertrauen in die Märkte zurück zu gewinnen.

Im Zusammenhang mit dem „Gammelfleisch“-Geschehen wurden durch das Veterinär-

„Essener Staatsanwaltschaft durchsucht Fleischhändler in Gladbeck, der verbotenes Stichfleisch verkauft haben soll.“
(taz vom 21.06.2006)

„Die nun unter Verdacht geratenen Firmen sollen verbotenerweise so genanntes Stichfleisch gekauft und in den Handel gebracht haben.“ (WDR vom 20.06.2006)

und Lebensmittelüberwachungsamt 82 Betriebe mit Tiefkühlteinrichtungen im gesamten Kreis überprüft. Es handelte sich dabei um 10 EG-Betriebe, 47 Metzgereien ohne und 9 Metzgereien mit Schlachtung sowie 16 sonstige Betriebe.

Die GRÜNEN bedauern, dass der Landrat nicht für die entsprechende Transparenz sorgen will und die Prüfergebnisse nicht offen legt.

→ [Anfrage nach IFG NRW](#)

→ [Antwort des Landrates](#)

Seehofers 10-Punkte-Programm gescheitert

Eine Untersuchung in mehreren Supermärkten im Auftrag des ZDF-Magazins Frontal21 hatte im Sommer bedenkliche Zustände bei gekühlten Fleischprodukten zu Tage gefördert. Jede sechste von insgesamt 55 Stichproben von Hackfleisch und Hackfleischzubereitungen war mit gesundheitsgefährdenden Salmonellen verseucht.

Die Kühltheken versagen bei Sommerhitze. Die hygienischen Beanstandungen liegen bei 38 Prozent. Der Lebensmittelprüfer und Sprecher des Präsidiums des Deutschen Verbandes Unabhängiger Prüf-

laboratorien, Dr. Gero Beckmann, bewertete die Ergebnisse und kommt zu dem Schluss: "Man kann von Vorstufen von Gammelfleisch sprechen."

Fast jeder fünfte Betrieb ist 2005 bei Lebensmittelkontrollen aufgefallen.

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) zieht in seinem Jahresbericht Lebensmittelüberwachung 2005 eine vergleichbare Bilanz. Fast jeder fünfte Betrieb, der Lebensmittel herstellt, bearbeitet oder

verkauft, sei im Jahr 2005 bei Lebensmittelkontrollen aufgefallen. 16,4 Prozent der kontrollierten Betriebe verstießen gegen Hygienebestimmungen, 5,8 Prozent hatten ihre Produkte mangelhaft gekennzeichnet, irreführend beworben oder verpackt. Die betrieblichen Eigenkontrollen wurden in 4,6 Prozent der Betriebe beanstandet.

Das von Bundesverbraucherminister Seehofer (CSU) auf dem Höhepunkt des Fleischskandals im Herbst 2005 vollmundig angekündigte 10-Punkte-Programm kann damit als gescheitert angesehen werden. Das Programm war ohne-

hin nur zum Teil umgesetzt worden. Nur sieben von zehn Punkten hatte die Bundesregierung auf den Weg gebracht. Die Ergebnisse zeigen jetzt – verbessert hat sich nichts.

Die amtliche Lebensmittelüberwachung braucht wie von uns Grünen gefordert eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung. Und das Verbraucherinformationsgesetz der großen Koalition lässt die schwarzen Schafe unbehelligt im Dunkeln. Eine umfassende Internetliste, die Ross und Reiter nennt, könnte hier Klarheit schaffen, und dem Verbraucher die notwendige Orientierung für seinen Einkauf geben.

GRÜNE radeln zur Fußball-Weltmeisterschaft

Es dürfte sich mittlerweile herumgesprochen haben, dass die Fußball-WM der Menschen mit Behinderung zwischen dem 26.08. und 17.09. zum ersten Mal in Deutschland stattfindet.

Eine Viertelfinalveranstaltung steigt am Sonntag, den 10.09.2006, mit einem integrativen Fußballfest ab 10.30 Uhr im neugestalteten Bottroper Jahnstadion - und Bündnis 90/Die Grünen möchten gerne zu diesem Ereignis nach Bottrop radeln.

Im Rahmenprogramm des Viertelfinales findet auch die Endrunde um den sog. FN-Cup NRW 06 statt. Sechs Mannschaften - u. a. eine Mannschaft der Caritaswerkstatt Gladbeck -, die sich in den drei Vorrundenturnieren qualifizieren konnten, werden den ersten integrativen Meister von Nordrhein-Westfalen ermitteln. In zwei Gruppen à drei Mann-

schaften spielt zunächst jeder gegen jeden, bevor die Halbfinals sowie die Finalsplele um die Plätze 1, 3 und 5 ausgetragen werden. Um 13.00 Uhr findet dann das Spiel der Deutschen Nationalmannschaft mit Behinderung statt. Der Austragungsmodus ist etwas anders

Sonntag, 10.09.;

Start: 10 Uhr am Rathaus

Anmeldung Tel.: 25 4 12

als bei Turnierspielen üblich, so dass die deutsche Mannschaft auf jeden Fall in Bottrop spielen wird, egal wie die Vorrundenspielen ausgegangen sind.

Das Auftaktspiel mit dem 3:0 gegen Japan in Duisburg vor ca. 30.000 Zuschauern hat gezeigt, wie begehrt die Tickets für diese WM sind. Auch die Nachfrage in Bottrop deu-

tet auf ein voll gefülltes Jahn-Stadion hin. Der Eintritt ist umsonst und Bündnis 90/Die Grünen haben eigens ein Kontingent Tickets vorbestellt!

Wer also am Sonntag mit zur WM radeln möchte, sollte sich vorher bei den GRÜNEN in Gladbeck per Mail, Fax oder Telefon anmelden, denn nur **bis zum 04.09. sind Tickets für uns reserviert!**

Treffpunkt ist 10.00 Uhr am Sonntag, den 10.09.2006, vor dem Rathaus auf dem Willy-Brandt-Platz.

Bei sonnigem bis akzeptablem Radelwetter wird es eine Fahrradtour auf schönen Wegen nach Bottrop geben, um am Fußballfest und insbesondere dem WM-Viertelfinalspiel unterstützend teilzunehmen. Soll-



Nationalspieler Andreas Timm (rechts) im Zweikampf

te das Wetter (für einige oder alle) keine Radtour zulassen, werden dort auf jeden Fall die Tickets an die Angemeldeten übergeben.

Übrigens: Tröten, Fahnen und Deutschlandtrikots sind an diesem Tag ausdrücklich erwünscht!

Anders ist auch normal – Die gesellschaftliche Kampagne

In unserer Gesellschaft gibt es immer noch sehr viele Vorbehalte und Vorurteile gegenüber Menschen mit geistiger Behinderung – die Abwehr auf Seiten der Bevölkerung funktioniert meistens ziemlich gut. Nur selten wird Anderssein von Menschen mit geistiger Behinderung als Wert begriffen, zu häufig nicht der Mensch, sondern nur seine Behinderung gesehen. Die etwas andere Fußballweltmeisterschaft

bietet nun Anlass, Menschen mit Behinderung mit ihrem hohen, für viele „normale“ Menschen ungeahnten Leistungsvermögen in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken. Mit der von der Lebenshilfe initiierten Gesellschaftlichen Kampagne wird damit nicht nur herausgestellt, dass es normal ist, verschieden zu sein. Vielmehr soll allen Menschen gezeigt werden, wie aktiv und

engagiert, mit wie viel Begeisterung und Einsatzvermögen Menschen mit geistiger Behinderung Fußball spielen können und dass sie weder vor Leistungsdruck noch vor Konkurrenz zurückschrecken.

Die Kampagne verfolgt klare Ziele:

1. Sie soll die Bekanntheit dieser Fußball WM erhöhen und das Interesse der allgemeinen Bevölkerung an der Fußballweltmeisterschaft 2006 der Menschen mit Behinderung wecken. Die Vorstellungen über das Leistungsvermögen der Menschen mit geistiger Behinderung sollen ein Gesicht bekommen.
2. Die Sympathie für Menschen mit geistiger Behinderung zu erzeugen und deren Integration zu fördern, ist ein weiteres Ziel. Dabei richtet sich die Kampagne an alle Bürgerinnen und Bürger, und vor allem an jene, die Men-

schen mit geistiger Behinderung bisher indifferent oder ablehnend gegenüberstehen. Durch eine lockere, fröhliche und selbstverständliche Tonart wird die Kampagne in der Lage sein, den Fußball als Türöffner zu nutzen und so die Integration der Menschen mit geistiger Behinderung in unserer Gesellschaft zu fördern.

3. Die Kampagne soll schließlich das bürgerschaftliche Engagement stärken und Einzelpersonen sowie Firmen aufzeigen, dass es viele Wege gibt, sich im Rahmen der Fußball WM 2006 persönlich einzubringen. Damit soll gleichzeitig der Stellenwert des ehrenamtlichen Engagements in der Gesellschaft erhöht und nachhaltig gefördert werden. Um die Ziele zu erreichen ist eine solidarische Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte unabhängig von ihrer Trägerschaft erforderlich.

→ www.inas-fid-wm2006.de



Quelle Fotos sowie Text unten: www.inas-fid-wm2006.de.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN *Gladbeck*

V.i.S.d.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de



Greenplease-Archiv

In unserem übersichtlichen Newsletter-Archiv können Sie durch alle Ausgaben seit August 2003 stöbern. Die pdf-Dokumente sind auf unseren Internetseiten abrufbar:
→ [zum Archiv](#)

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ **abmelden:** gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

+++ Mitteilung der Stadtverwaltung +++

Beratung für ehrenamtliche BetreuerInnen

Über 1000 ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer haben in unserer Stadt Verantwortung für einen Menschen übernommen, stehen ihm im Rahmen einer durch das Amtsgericht eingerichteten Betreuung zur Seite. Ihnen stehen nun weitere Informations- und Austauschmöglichkeiten zur Verfügung.

Im Betreuungsgesetz, das das bis zum Jahre 1992 geltende Vormundschaftsgesetz ablöste, ist festgelegt, dass für einen volljährigen Menschen, der aufgrund einer psychischen Erkrankung oder einer geistigen, körperlichen oder seelischen Behinderung Hilfen benötigt, eine Betreuung eingerichtet werden kann.

Die nordrhein-westfälischen Vormundschaftsgerichte haben aktuell für 250.000 Menschen eine solche Hilfe auf den Weg gebracht. In Glad-

beck bestehen zurzeit über 1400 Betreuungen.

Der größte Teil dieser Betreuungen wird ehrenamtlich geführt. Steht keine ehrenamtliche Betreuerin, kein ehrenamtlicher Betreuer zur Verfügung, kann das Vormundschaftsgericht in Gladbeck auf zwei Betreuungsvereine zurückgreifen, den Evangelischen Betreuungsverein e.V., Humboldtstr. 13, und den Sozialdienst kath. Frauen e.V., Kirchstr. 5-7, sowie auf 20 Berufsbetreuerinnen bzw. Berufsbetreuer und die städtische Betreuungsstelle.

Beide Betreuungsvereine sind seit vielen Jahren in diesem Aufgabenfeld tätig. Sie unterstützen konfessionsunabhängig und beraten kostenlos. Mit den dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern können Termine für ein Beratungsgespräch vereinbart werden. Wer

Interesse an der Übernahme einer Betreuung hat - ehrenamtliche Betreuerinnen/ Betreuer werden immer gesucht - kann sich hier ebenfalls beraten lassen.

Selbstverständlich ist auch eine Beratung durch die Städtische Betreuungsstelle (Wolfgang Berger und Wolfgang Klippert) im Gebäude des Gesundheitsamtes, Friedrichstraße 50 möglich. Recht neu ist der Infoservice des Landesjustizministeriums. An jedem ersten Donnerstag im Monat gibt es unter der Telefonnummer **0180 3 100212** zwischen 15 und 16.30 Uhr die Möglichkeit, konkrete Fragen zur Betreuung zu stellen. Die Möglichkeit zum Live-Chat besteht unter der Adresse:

→ www.callnrw.de oder per E-Mail: info@callnrw.de

Quelle Text: Pressestelle Stadt Gladbeck